

01/2023

fdplus

**Die
Zuk
glau
an u**



BREMEN

Start der Kampagne zur
Landtagswahl

MODERNISIERUNG

Liberaler Wachstumsimpulse
nach der Krise

EUROPA

Was unsere EU-Abgeordneten
umtreibt



**POLITIKTRAINING.
MEHR BEWEGEN.
MEHR ERREICHEN.**

Politik soll Spaß machen – und zum Erfolg führen. Unsere Trainingsangebote zeigen Ihnen, wie das gelingt. Lernen Sie von erfahrenen Politiktrainern, wie aus Ideen politische Kampagnen gestaltet werden. Oder wie Sie Ihre Botschaften auf den Punkt bringen und die Öffentlichkeit erreichen.

Jetzt mitmachen und informieren unter:
[Politiktraining.de](https://politiktraining.de)

**Unsere Trainingsangebote
finden Sie hier:**
[Politiktraining.de](https://politiktraining.de)



**DIE ZUKUNFT
GLAUBT AN UNS**



Marie-Christine Götz
Leiterin Kommunikation &
Kampagne der FDP-Bundesgeschäftsstelle

Liebe Leserinnen und Leser,
die Zukunft glaubt an uns. Mit diesem Motto sind wir Freie Demokraten beim Dreikönigstreffen kraftvoll, mutig und optimistisch in das politische Jahr 2023 gestartet. Wir glauben an Veränderung als Chance. Denn klar ist: Veränderung ist dringend notwendig.

Die Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben auch die ökonomische Realität drastisch verändert. Das Fundament unseres Wohlstands ist brüchig geworden. Für uns jedoch kein Grund zu resignieren. Im Gegenteil: Wir verstehen uns als Gestaltungspartei. Nach der sicherheitspolitischen Zeitenwende wollen wir auch eine wirtschaftliche Zeitenwende vorantreiben. Unser Anspruch: eine neue Wachstumsdynamik entfachen, die unser Land wieder zukunftsfähig macht. Unsere Vision: ein modernes, digitales, freies Deutschland. Dafür übernehmen wir Verantwortung.

Die Themen Wachstum und Modernisierung ziehen sich wie ein roter Faden durch diese erste Heftausgabe des Jahres. Es geht um ein Wachstumspaket für Deutschland, um mehr Tempo beim Bau von Straßen, Schienen, Brücken, Stromtrassen und Windrädern, und es geht um die Notwendigkeit technologieoffener Forschung und

Entwicklung, um die besten Lösungen für die drängenden Fragen der Zukunft zu finden.

Wir bleiben mutig und optimistisch, auch nach der Wahl in Berlin. Trotz eines professionellen Wahlkampfes mit einem überzeugenden Spitzenkandidaten hat es leider nicht für den Einzug ins Abgeordnetenhaus gereicht. Zugleich ist die FDP nach der Wiederholungswahl in neun von zwölf Bezirksverordnetenversammlungen vertreten, wo sich unsere Abgeordneten konstruktiv und gestalterisch einbringen. An Sebastian Czaja und alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sei an dieser Stelle noch einmal im Namen aller Freien Demokraten ein großer Dank für ihren engagierten Wahlkampf ausgesprochen!

Nun blicken wir nach Bremen, wo am 14. Mai die Bürgerschaftswahlen stattfinden. Einen Bericht über die bereits angelaufene Vorkampagne und ein Porträt der beiden Spitzenkandidaten Thore Schäck und Hauke Hilz finden Sie ebenfalls in diesem Heft.

Ich wünsche Ihnen eine gute und interessante Lektüre.

Ihre

Marie-Christine Götz

05 MELDUNGEN

06 DEUTSCHLAND AUF DEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLGSPFAD ZURÜCKFÜHREN

09 EIN UPDATE FÜR DIE MITGLIEDERAPP DER FREIEN DEMOKRATEN

10 MEHR TEMPO FÜR DEUTSCHLAND

Wie wir mit schnelleren Gerichtsverfahren und Bürokratieabbau unser Land modernisieren.

11 GUTE ARGUMENTE

Unterstützung für die politische Diskussion in Social Media und am Wahlkampfstand.

12 DEUTSCHLAND FIT MACHEN FÜR DEN SYSTEMWETTBEWERB

Fünf liberale Antworten.

14 BREMEN WÄHLT

Im Zwei-Städte-Staat starten die beiden Spitzenkandidaten in den Wahlkampf.

15 LIBERALE ORGANISATIONEN

Liberale Frauen und Liberale Hochschulgruppen im Porträt.

16 DIE FREIHEIT DER TECHNOLOGIE

Nur mit Technologiefreiheit bleibt Deutschland dauerhaft innovativ und zukunftsfähig.

18 EUROPÄISCHE DEPESCHE

Unsere fünf FDP-Abgeordneten im EU-Parlament berichten über aktuelle Themen aus Europa.

20 MIT NEUEM TEAM BEREIT FÜR DEN AUFBRUCH IN NRW

Der frisch gewählte Landesvorstand ist motiviert, die FDP als starke eigenständige Kraft zu profilieren.

21 DATENSCHUTZ IN DER PARTEIARBEIT – KEINE UNLÖSBARE HERAUSFORDERUNG

Der neue FDP-Datenschutzbeauftragte Dr. Jürgen Martens spricht über sein Amt und seine Ziele.

22 CLANKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN: KONSEQUENT UND PRÄVENTIV

Nur ein starker und effektiver Rechtsstaat kann den Kampf gegen Clankriminalität bestehen.

MELDUNGEN



01 GROSSE FREUDE IN SACHSEN-ANHALT ÜBER ZUKUNFTSZENTRUM

„Das geplante Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation wird nicht nur für Halle ein Gewinn sein, Halle wird ein Gewinn für das Zukunftszentrum sein“, freute sich Dr. Lydia Hüskens, FDP-Präsidiumsmitglied und Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt, nach der Juryentscheidung zum Standort. „Die gesamte Region wird damit zum Botschafter zentraler Werte: Einheit, Zukunft, gelingende Transformation.“ Das Zukunftszentrum sei eine weitere von mehreren bedeutenden Ansiedlungen, die in den letzten Jahren nach Sachsen-Anhalt geholt worden sind, betonte Hüskens. Sie unterstrich: „Die Entscheidung beweist auch, wie viel Potenzial in unserem Land steckt, wenn viele Akteure gemeinsam ein Ziel verfolgen.“

02 SCHLESWIG-HOLSTEIN BEREIT FÜR DIE KOMMUNALWAHLEN

Die Freien Demokraten in Schleswig-Holstein sind startklar für den Wahlkampf: „Gemeinsam Zukunft schaffen“ – unter diesem Motto steht die Kampagne für die Kommunalwahlen am 14. Mai. Der Landesvorsitzende der Freien Demokraten Oliver Kumbartzky erklärt: „Seit der Kommunalwahl 2018 ist die FDP in 145 Gemeinden mit 319 Mandatsträgern vertreten. Diese Zahl wollen wir toppen.“ Er ist überzeugt: „Liberale Politik wird gerade in diesen schwierigen Zeiten gebraucht. Wir gehen daher voller Zuversicht und Optimismus in die Kommunalwahl und setzen darauf, dass die gute kommunalpolitische Arbeit unserer Mandatsträger und der vielen Ehrenamtlichen vor Ort am 14. Mai belohnt wird.“



03 JÖRG VAN ESSEN ÜBERGIBT STAFFELSTAB

Jörg van Essen hat zu seinem 75. Geburtstag das Amt des Datenschutzbeauftragten der FDP niedergelegt. In seine Amtszeit fiel das Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung, die dem Datenschutz in der FDP einen noch bedeutenderen Stellenwert verliehen hat. Nach 23 Jahren als Bundestagsabgeordneter, davon 19 Jahren als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, zog sich van Essen 2013 aus der aktiven Politik zurück. Eine neue Herausforderung fand er danach im Dienst der FDP. Dort begleitete er mit großer Fachkenntnis und Augenmaß die arbeitsintensive Umsetzung der DSGVO in der Partei – und das im Ehrenamt. Hierfür gebührt Jörg van Essen unsere Anerkennung und unser größter Dank.



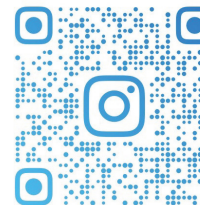
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Chefredakteurin: Marie-Christine Götz | CvD: Navina Knoke | Redaktion: Petra Horstick, Wulf Oehme | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: cvd@fdplus.de | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin | Anzeigen: info@fdplus.de | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand | Redaktionsschluss: 20. Februar 2023.





DEUTSCHLAND AUF DEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLGSPFAD ZURÜCKFÜHREN

Der Wirtschaftsstandort Deutschland verliert an Qualität und Attraktivität. Die Grundlagen unseres Wohlstands bröckeln. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir unser Land modernisieren. Mit einem umfassenden Wachstumspaket wollen wir Freie Demokraten Deutschland auf die wirtschaftliche Erfolgsspur zurückführen.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender &
Bundesminister der Finanzen

Zu Jahresbeginn warnte die öffentliche Förderbank KfW vor einer Ära eines „stagnierenden, womöglich schrumpfenden Wohlstands“ in Deutschland. Unter anderem der Fachkräftemangel, eine schwache Produktivitätsentwicklung und die Schwächung der Innovationskraft gefährdeten demnach die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Die Prognose der KfW unterstrich damit das deutsche Abschneiden in anderweitig veröffentlichten Standortrankings, die dem Land einen Verlust an Standortattraktivität attestieren.

Doch es wäre fatal zu glauben, dass diese negativen Entwicklungen unumkehrbar seien. Im Gegenteil: Der Umgang mit solchen Szenarien liegt in unserer Hand. Deswegen treiben wir Freie Demokraten eine Reihe liberaler Modernisierungsprojekte in der Regierungskoalition an, die Deutschland auf den wirtschaftlichen Erfolgspfad zurückführen sollen.

FREIHEIT ALS MOTOR DES WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLGS

Wir benötigen mehr wirtschaftliche Freiheit, mehr Unternehmergeist, mehr Einfallsreichtum und geringere Belastungen. Es braucht ein umfangreiches Wachstumspaket mit Elementen aus Bildung, Forschung, Technologiefreiheit, Einwanderung, Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigung und steuerpolitischen Maßnahmen, um wieder als Standort attraktiv zu sein.

Wir dürfen die Augen nicht vor den Entwicklungen

um uns herum verschließen: In Frankreich, den USA und anderen G7-Staaten befinden sich umfangreiche Entlastungsmaßnahmen in Vorbereitung oder bereits in der Umsetzung. Bei uns hingegen sprechen die politischen Wettbewerber währenddessen über zusätzliche Belastungen für Fach- und Führungskräfte, für diejenigen, die unternehmerische Risiken eingehen für Arbeitsplätze, oder die in ihre private Zukunft investieren wollen. Mit solchen Maßnahmen unterbänden wir aber jegliche Fortschritte im internationalen Standortwettbewerb.

EIN UMFASSENDES WACHSTUMSPAKET FÜR DEUTSCHLAND

Wir wollen ein Wachstumspaket schnüren, das in der ganzen Breite schaut, wie unser Land wieder auf den wirtschaftlichen Erfolgskurs geführt werden kann – beginnend mit der Bildung und der Emanzipation eines jeden Einzelnen. Deswegen wird Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger mit dem Startchancenprogramm 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern speziell fördern. Und im Zuge der „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ setzen wir neue Impulse für den notwendigen Attraktivitäts- und Modernitätsschub in der beruflichen Bildung. Unseren Einsatz für eine stärkere Bildung und Forschung in unserem Land untermauern wir Freie Demokraten zudem mit der „Bildungsmilliarde“ – einer zusätzlichen Milliarde, die wir



Foto: iStock/skynesher

→ **Zukunftschancen durch beste Bildung**

in die Zukunftschancen der jungen Generation investieren.

Zu einem Wachstumspaket gehört ebenso unser Arbeitsmarkt. Wie viele Projekte können nicht umgesetzt werden, weil Fachkräfte fehlen. Deshalb setzen wir neben der Stärkung beruflicher Bildung auch bei der Einwanderungspolitik an. Um mehr gesteuerte Einwanderung zu ermöglichen und irreguläre Migration zu reduzieren, hat die Bundesregierung mit unserem Freien Demokraten Dr. Joachim Stamp bereits einen Sonderbevollmächtigten für Migration berufen. Mit der Modernisierung des Einwanderungsrechts reduzieren wir zudem bürokratische Hürden für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt.

PLANUNGSTURBO BEI ALLEN INFRASTRUKTURPROJEKTEN

Wir setzen uns dafür ein, das Prinzip der Technologiefreiheit gesetzlich zu verankern. Technologiefreiheit ist der Schlüssel für eine gelingende Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft – das gilt für die Kernfusion, E-Fuels, CO₂-Speicherung, Schiefergasförderung, Gentechnik oder auch den Bereich der Künstlichen Intelligenz. Wenn Deutschland im globalen Wettbewerb nicht abgehängt werden soll, dann müssen wir offen, ideologiefrei und auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse mit technologischen Innovationen umgehen.

Ebenso bedeutend für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sind schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren – und zwar bei allen Infrastruktur-



Foto: iStock/Bim

→ **Planungsturbo auch für Straßen und Autobahnen**

vorhaben. Analog zum LNG-Beschleunigungsgesetz gilt es, Straßen, Schienen, Brücken und andere Projekte mit hohem Tempo voranzutreiben. Der Bundestag hat bereits zu Jahresbeginn die Beschleunigung von verwaltungsgerechtlchen Verfahren verabschiedet – weitere Maßnahmen folgen.

STEUERLAST SENKEN STATT VERTEILUNGSPOLITIK

Die Steuerbelastung für Menschen und Unternehmen gehört in Deutschland zu den höchsten im internationalen Vergleich. Deshalb ist auch ein steuerliches Wachstumspaket von großer Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Entsprechende Maßnahmen, bestehend aus Abschreibungen, Investitionsprämien, steuerlicher Forschungsförderung, Mitarbeiterkapitalbeteiligung und Vereinfachung, werden gegenwärtig vorbereitet. Doch vieles spricht dafür, dass wir in den nächsten Jahren auch über die effektive Gesamtbelastung sprechen müssen.

Denn eines ist klar: Die Menschen im Land haben die klare Erwartung, dass wir unser Land auf die Erfolgsspur zurückführen. Es darf sich bei den Fach- und Führungskräften nicht der Eindruck verfestigen, dass sich die Regierungskoalition ausschließlich mit Verteilungspolitik beschäftigt, während es auf der anderen Seite ans wirtschaftlich Eingemachte geht. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass zumindest die FDP in der Steuerpolitik das Denken nicht eingestellt hat. ■

EIN UPDATE FÜR DIE MITGLIEDERAPP DER FREIEN DEMOKRATEN

Um Sie bestmöglich bei Ihrem politischen Engagement zu unterstützen, haben wir das digitale Mitgliederportal, die Freie-Demokraten-App, entwickelt. Jetzt gibt es dort neue Funktionen zu entdecken.

Wir Freie Demokraten haben den Anspruch, Deutschland moderner, stärker und freier zu machen. Wir wollen dafür unsere Mitglieder mobilisieren und neue Wähler dazugewinnen. Denn fest steht: Das Team ist der Star. Und weil „digital first“ Teil unserer DNA ist, haben wir für dieses Ziel wichtige Service- und Mitgliederfunktionen in der App gebündelt. Und die wird ständig weiterentwickelt.

DREI DINGE, DIE SIE HEUTE MIT DER APP ERLEDIGEN KÖNNEN

1 Informiert bleiben:
Im Bereich Aktuelle Meldungen finden Sie unsere aktuellen Wochenbotschaften. Darin erfahren Sie jeden Mittwoch kurz und knapp, welche drei Themen in der aktuellen Woche besonders wichtig sind und wie wir Freie Demokraten uns dazu positionieren. Neben den Wochenbotschaften finden Sie in den Aktuellen Meldungen außerdem die neuesten Nachrichten der Bundespartei und wichtige Parteitermine aus Bund und Ländern.

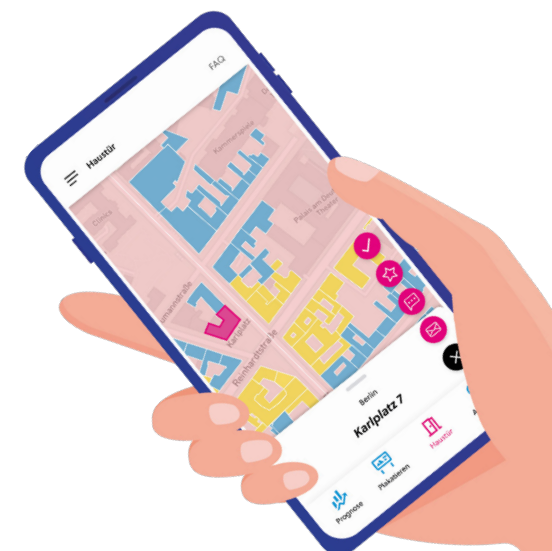
2 Die eigenen Mitgliedsdaten verwalten:
Sie möchten künftig eine andere E-Mail-Adresse verwenden, sind umgezogen oder wollen Ihren Mit-

gliedsbeitrag anpassen? Wenn Sie die Änderungen über die App mitteilen, werden sie automatisch an die zuständige Gliederung weitergeleitet und im Mitgliederverzeichnis aktualisiert. Und auch Ihren Schatzmeister können Sie bequem über die App kontaktieren.

3 Teil der Social Media Task Force werden:

Im App-Bereich Social Media Task Force machen wir Sie regelmäßig auf ausgewählte neue und relevante Beiträge der Freien Demokraten in den sozialen Medien aufmerksam. Wenn viele Nutzerinnen und Nutzer unsere Posts in kurzer Zeit liken, teilen oder kommentieren, geben ihnen die Algorithmen von Facebook, Instagram und Co. mehr Reichweite.

Übrigens: Den gleichen Funktionsumfang der App gibt es auch als Webanwendung im Browser unter mitgliederportal.fdp.de ■



Probieren Sie die App gleich aus.

Google Play **App Store**

MEHR TEMPO FÜR DEUTSCHLAND

Unser Land zu erneuern und zu modernisieren ist Kern der Politik der Freien Demokraten in der Bundesregierung. Dabei kommt der Beschleunigung der Planung und Umsetzung bedeutsamer Infrastrukturprojekte eine wichtige Rolle zu – sie ist auch im Koalitionsvertrag verabredet.



Dr. Marco Buschmann
FDP-Präsidiumsmitglied &
Bundesminister der Justiz

Anfang Februar hat der Deutsche Bundestag nun grünes Licht für einen ersten Schritt zu mehr Tempo gegeben. Der von mir vorgelegte Gesetzentwurf zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich wurde verabschiedet. Mit diesem Gesetz schaffen wir die Möglichkeit, dass für bedeutsame Infrastrukturprojekte etwa ein Beschleunigungsgebot bei den Verwaltungsgerichten gilt. Die Verwaltungsgerichtsverfahren für solche Vorhaben sollen somit schneller werden.

Mit den LNG-Terminals im vergangenen Jahr haben wir bereits gezeigt, dass wir auch bei großen, ambitionierten Projekten schnell sein können. Dieses LNG-Tempo muss zur neuen Richtgeschwindigkeit in vielen anderen Bereichen werden. Unser Gesetz gilt übrigens für vielerlei Vorhaben: Es eröffnet die Möglichkeit zum schnelleren Ausbau von Windkraftanlagen und Schienenwegen – aber etwa auch von Autobahnen. Wir dürfen beim Schnellerwerden keine Zeit verlieren – mit unserer Reform ist der erste Schritt nun gegangen.

BÜROKRATIEABBAU IST DIENST AM RECHTSSTAAT

Neben zu langen Planungs- und Genehmigungsverfahren ist die Bürokratie in unserem Land eine Wachstumsbremse – und Ärgernis für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Und auch wenn das Thema Bürokratieabbau seit Jahren ein Dauerbrenner ist, waren die Fortschritte

zuletzt leider zu klein. Das muss sich ändern – und daran arbeiten wir gerade. Der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium Benjamin Strasser, der auch Koordinator der Bundesregierung für bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau ist, hat kürzlich eine umfassende Verbändeabfrage gestartet. Über 70 Verbände sind aufgefordert, an der Abfrage teilzunehmen. Die Verbände sollen nicht nur unnötige Bürokratie benennen, sondern können selbst Vorschläge unterbreiten, wie Regelungen vereinfacht werden können. Schon in wenigen Wochen wollen wir erste Ergebnisse vorlegen.

GESETZ FÜR BÜROKRATIEABBAU SCHAFFT FREIHEIT

Gutes Recht und klare Regeln sind ein Bollwerk gegen politische Willkür. Sie schützen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Aber zu viel Bürokratie macht einen Rechtsstaat träge und dysfunktional. Bürokratieabbau ist deshalb mehr als das Durchforsten und Abschaffen von Vorschriften, sondern ist Dienst am Bürger und damit Dienst am Rechtsstaat. Unser Ziel ist, dass wir auf Basis der Rückmeldungen, die uns erreichen, ein Bürokratieabbaugesetz vorlegen, das unnötige und veraltete Regeln abschafft, Verwaltung und Staat mehr Schlagkraft verleiht – und Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen mehr Freiheit gibt. Das ist Anliegen der Freien Demokraten in der Bundesregierung. ■

GUTE ARGUMENTE

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Chancen durch mehr Freiheit für jeden Einzelnen ein. Unsere Arbeit auf allen politischen Ebenen basiert auf unserem klaren Bekenntnis zu Fortschritt, Freiheitsliebe, fairen Spielregeln und Verantwortung für die Zukunft. Was das für unsere Positionierung in aktuellen politischen Debatten bedeutet, stellen wir für drei aktuelle Themen auf dieser Seite vor.

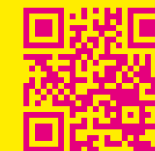


MEHR FACHKRÄFTE FÜR DEUTSCHLAND – EXZELLENZ-INITIATIVE BERUFLICHE BILDUNG

Gut qualifizierte Fachkräfte sind das Kapital unseres Landes und der Garant für Wohlstand und Wachstum. Mit der „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ leisten wir einen entscheidenden Beitrag zum erforderlichen Wandel in der beruflichen Bildung und bekämpfen so den Fachkräftemangel nachhaltig. Wir schaffen innovative und exzellente Berufsbildungsangebote, fördern individuelle Chancen und verbessern damit die Aufstiegschancen junger Menschen.



Diese und weitere kompakte aktuelle Argumentationen finden Sie unter fdp.de/unsere-argumente



EIN MODERNER, LEISTUNGSFÄHIGER UND TRANSPARENTER ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steckt in einer Vertrauenskrise. Dabei hat dieser besonders in Zeiten von Polarisierung und Desinformation den wichtigen Auftrag, glaubhaft und breit zu informieren. Dieser Verantwortung muss der ÖRR stärker nachkommen und sich auf seinen Bildungs- und Informationsauftrag konzentrieren. Eine politisch neutrale und regional differenzierte Berichterstattung ist wichtig. Zudem sollte der Rundfunkbeitrag eingefroren werden.



FÜR EINE WELT-FREIHANDELSZONE DER DEMOKRATIEN

Wir Freie Demokraten sehen eine große Chance in mehr freiem Handel mit unseren demokratischen Wertepartnern unter Einhaltung gemeinsamer Regeln. Unser langfristiges Ziel muss eine Weltfreihandelszone der Demokratien von Chile bis Australien sein. In Zeiten großer geopolitischer Herausforderungen sind Signale der internationalen Zusammenarbeit besonders wichtig. Deshalb brauchen wir so bald wie möglich einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA.



DEUTSCHLAND FIT MACHEN FÜR DEN SYSTEMWETTBEWERB

FÜNF LIBERALE ANTWORTEN

Die Welt verändert sich – schneller, plötzlicher und gefährlicher denn je. Der Frieden in Europa wird angegriffen, autokratische Systeme bedrohen die Freiheit, unsere Energieversorgung steht infrage und die Corona-Pandemie hat ihre Spuren hinterlassen.



Johannes Vogel
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Selbstverständliches Wirtschaftswachstum mit kostengünstiger Energie gibt es nicht mehr. Und schon vor Corona ist Deutschland in wirtschaftlichen Kernfeldern global immer weiter zurückgefallen – beim Anteil an den weltweit stärksten Unternehmen, bei Marktkapitalisierung, Gründungsquoten, Patentrate und Wachstumsfinanzierung. Bei Steuerlast und Bürokratie hingegen belegt Deutschland Spitzenplätze. Die vielen guten Vor-Krisen-Jahre wurden nicht zum Anpacken der langfristigen Herausforderungen genutzt – das müssen wir jetzt nachholen.

- 1** Wir müssen globales Know-how besser nutzen. Dafür brauchen wir mehr freien Handel mit der freien Welt – Wirtschaftspolitik, die kein Geld kostet und die freie Gesellschaften gegenüber den Autokratien der Welt resilienter macht. Die CETA-Ratifizierung, durchgesetzt von uns Freien Demokraten, kann nur der Anfang einer echten Freihandelsoffensive sein: Wir brauchen einen Neuanlauf für Freihandel mit den USA und eine „Fast-track“-Initiative, in der sich die marktwirtschaftlichen Demokratien weltweit zu einem Wirtschafts- und Werteraum zusammenfinden.
- 2** Globales Know-how zu nutzen heißt auch, Menschen aus der ganzen Welt für uns zu begeistern. Aus dem Fachkräftemangel ist längst ein umfassender Arbeitskräftemangel geworden. Es wird Zeit, die Chancen der Vielfalt zu ergreifen – das geht nur mit einem modernen Einwanderungsgesetz mit Punktesystem!
- 3** Wir müssen die Planungs- und Genehmigungszeiten für Großprojekte mindestens halbieren: Das Rekordtempo bei den LNG-Terminals muss auch bei Windrädern, Stromtrassen, Schienen, Straßen und Brücken

möglich sein. Moderne Infrastruktur ist ein entscheidender Standortvorteil – und Erneuerbare Energien im LNG-Tempo auszubauen sichert uns eine klimaneutrale Energieversorgung!

- 4** Wir müssen die Chancen nutzen, die Zukunftstechnologien für uns bereithalten. Dass Bayer mit seiner Gen- und Zelltherapieforschung in die USA, BASF immer mehr nach China und Biontech mit Teilen seiner Krebsforschung nach Großbritannien geht, muss uns ernsthaft wahrütteln. Wir brauchen mehr Offenheit für Neues und weniger Bräsigkeit und Bürokratie. Skepsis gegenüber Technologien wie Gentechnik oder Kernfusion können wir uns nicht leisten – leben wir stattdessen Technologiefreiheit und verankern sie auch gesetzlich!
- 5** Wachstum entsteht durch die Innovationskraft freier Gesellschaften aus „Bottom-up“-Kreativität, Vielfalt, Offenheit und Unternehmertum. Viel zu oft werden etwa Selbständige als Erwerbstätige zweiter Klasse betrachtet – ändern wir das! Genauso brauchen wir mehr Wachstumsimpulse für Start-ups, damit Deutschland insgesamt eine Gründernation wird, die ihr Potenzial ausschöpft. Den Grundstein dafür legt eine Bildungspolitik, die Talente fördert, etwa mit dem Startchancenprogramm – diese Talentschulen haben wir Freie Demokraten erfunden!
Insgesamt brauchen wir endlich wieder ein waches Bewusstsein für die Bedeutung von Marktwirtschaft, Unternehmertum, Wachstum und Wettbewerb. Schaffen wir dafür die richtigen Rahmenbedingungen, können wir ein echter Zukunftsstandort werden – wir haben es in der Hand und müssen uns nicht verstecken! ■



ENERGIEVERSORGUNG DER ZUKUNFT

Dr. Lukas Köhler
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Die Zukunft einer sicheren, sauberen, kostengünstigen und subventionsfreien Energieversorgung gestalten wir heute. Das erreichen wir, indem wir ein neues Marktdesign erschaffen, das Speicherkapazitäten integriert und das Stromnetz anpassungsfähig hält. Dafür müssen wir jetzt den Turbo beim Netzausbau zünden.“



INNOVATIVE LANDWIRTSCHAFT

Carina Konrad
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Wir können der Landwirtschaft nicht immer mehr politische Vorgaben machen und gleichzeitig Erwartungen hegen, dass heimische Betriebe wettbewerbsfähig bleiben. Statt politischer Überregulierung braucht es jetzt eine Innovationsoffensive, die befähigt statt verbietet. Die Werkzeuge, um Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Ertragssicherheit auf dem Acker zusammenzubringen, sind vorhanden.“



MODERNES EINWANDERUNGSLAND

Konstantin Kuhle
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Wenn wir Deutschlands Wohlstand in einer alternativen Gesellschaft dauerhaft sichern wollen, sind wir dringend auf Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Im globalen Wettbewerb um kluge Köpfe müssen wir uns daher als Einwanderungsland besser aufstellen. Dafür braucht es ein modernes Einwanderungsgesetz mit mehr regulärer und weniger irregulärer Migration.“

Denn: Deutschland muss deutlich schneller werden, damit der Strom jederzeit dort ankommt, wo er gebraucht wird. Bei der Erzeugung wird auch Gas weiterhin eine Rolle spielen – zunächst noch Erdgas, das aber zunehmend durch Wasserstoff ersetzt wird. Auch Erneuerbare Energien werden immer wichtiger. Die Freien Demokraten haben dafür gesorgt, dass der Zubau künftig marktwirtschaftlich erfolgt. Denn das EEG ist spätestens mit Vollendung des Kohleausstiegs endgültig Geschichte. Langfristig sollte Deutschland auch das große Potenzial neuer Zukunftstechnologien erschließen. Dafür gilt es, den Forscher- und Erfindergeist zu stärken, um beispielsweise die Chancen der Kernfusion nutzen zu können.

Der Klimawandel bedroht Erträge, die weltweite Nachfrage nach Nahrungsmitteln steigt und die Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften – die Herausforderungen sind entsprechend hoch. Diesen können wir nur durch Technologiefreiheit begegnen. Neue Züchtungsmethoden wie die Genschere CRISPR/Cas9 zeigen, welche Potenziale zur Lösung bereits vorhanden sind. Um die Technologien von morgen auf den Acker zu bringen, ist eine Änderung des EU-Gentechnikrechts nötig. Nur mit Technologieoffenheit sind die Nachhaltigkeitsziele erreichbar, ohne gleichzeitig auf Erträge zu verzichten.

Als modernes Einwanderungsland braucht Deutschland klare Kriterien, die dem volkswirtschaftlichen Bedarf entsprechen. Daher schlägt die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Chancen-Karte vor, die sich mit einem Punktesystem am Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer wie Kanada orientiert. Neben hoch qualifizierten Fachkräften müssen auch Personen mit praktischer Berufserfahrung gezielter angesprochen werden. Gleichzeitig braucht es aber auch eine klare Rückführungsoffensive, indem wir praxistaugliche Migrationsabkommen mit den Herkunftsländern schließen.

BREMEN WÄHLT: ZWEI, DIE ZEIGEN, WAS GEHT

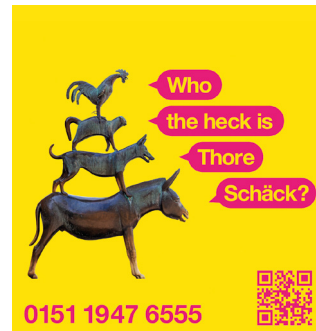
Am 14. Mai wird im Zwei-Städte-Staat über das neue Landesparlament entschieden, am selben Tag finden Kommunalwahlen in Bremen und Bremerhaven statt. Für die Chance auf Mitgestaltung greifen die Freien Demokraten zu besonderen Mitteln im Wahlkampf.

Who the heck is Thore Schäck? Darauf hat Bremen in den letzten Wochen eine Antwort bekommen. Christian Renatus, Wahlkampfberater der Freien Demokraten, weiß aus Erfahrung um die Relevanz einer gezielten Vorkampagne, die den Bekanntheitsgrad von Spitzenkandidaten erhöht und gleichzeitig Nahbarkeit schafft.

Thore Schäcks Handynummer an FDP-gelben Litfaßsäulen sorgt für direkten Kontakt. Guerilla-Aktionen bringen Aufmerksamkeit. QR-Codes auf Gratispostkarten und Stickern führen zur Website. Ziel: Auf schnellen Wegen Infos bieten, denn die Zeit der potenziellen Wählerinnen und Wähler ist knapp. Das Bundesland Bremen ist

reif für pragmatische Entscheidungen entlang aller Lebensrealitäten. Darauf zielt auch die Hauptkampagne ab.

Fest steht: Ein besseres Bremen gibt es nicht geschenkt. Deshalb heißt es jetzt: Ärmel hoch – mit einem starken Team und einem durchdachten Wahlprogramm zeigen, was Bremen kann. Von der Bundespartei erhalten die Freien Demokraten Unterstützung bei verschiedenen Events, unter anderem von Christian Lindner. Am 14. Mai wird in beiden Städten als jeweils eigener Wahlbezirk gewählt. Jetzt sind die Weichen gestellt. Das Wahlziel? Ein besseres Ergebnis als beim letzten Mal, na klar! ■



THORE SCHÄCK „WIRTSCHAFTSPOLITIK IST DIE BESTE SOZIALPOLITIK.“

1985 in Delmenhorst geboren und aufgewachsen in Bremen, kehrte der BWLer und Wirtschaftspsychologe Thore Schäck nach beruflichen Stationen in ganz Deutschland in seine Heimatstadt zurück und baute dort ein Start-up mit auf. Durchatmen kann der verheiratete Bremer Spitzenkandidat bei Spaziergängen mit Hund Bobby und der Gartenarbeit. Für den überzeugten Vegetarier und ehemaligen Waldorfschüler gilt: „Egal wo man herkommt: Aufstieg muss für jeden möglich sein.“

HAUKE HILZ „VIELFALT ALS CHANCE FÜR UNS, UNSER LAND UND UNSERE GESELLSCHAFT BEGREIFEN.“

Der 1977 in Stade geborene Spitzenkandidat für Bremerhaven will weg vom deutschlandweiten Schlusslicht in der Bildungspolitik. Prof. Dr. Hauke Hilz ist Reisieliebhaber, leidenschaftlicher St.-Pauli-Fan und Tuba-Spieler. Als verheirateter Familienvater zweier Töchter macht er deutlich: „Ansporn für mein politisches Engagement ist es, Freiräume zu schaffen: liberal zu leben und selbst zu bestimmen.“

VIELFALT IST BEI UNS PROGRAMM

Wir Freie Demokraten sind in den unterschiedlichsten Lebenswelten zu Hause. Unsere Mitglieder schließen sich auch zu Verbänden zusammen, in denen sich Menschen mit ähnlichen Erfahrungen, Perspektiven und Interessen zum Austausch finden. Hier stellen wir Ihnen zwei weitere unserer Vorfeldorganisationen vor, die Sie gerne als Mitglied begrüßen.



Liberale Frauen

Jacqueline Krüger, Bundesvorsitzende LiF

Die Bundesvereinigung der Liberalen Frauen e.V. (LiF) wurde 1990 u.a. auf Initiative von Dr. Irmgard Schwaetzer gegründet mit dem Ziel einer besseren Vertretung von Frauen in der Politik und in der FDP, auch mit Blick auf eine stärkere Berücksichtigung in der programmatischen Arbeit der Freien Demokraten. Die LiF sind als anerkannte Vorfeldorganisation der FDP sowohl antrags- als auch redeberechtigt auf den Parteitagen des Bundes wie auch in etlichen FDP-Landesverbänden. Wir wirken in allen Bundesfachausschüssen mit und sind in den Bundesvorstand kooptiert. Darüber hinaus arbeiten die Liberalen Frauen auch in den überparteilichen frauenpolitischen Gremien mit. Die Mitwirkung bei den Liberalen Frauen ist unabhängig von einer Mitgliedschaft in der FDP und eröffnet so auch die ersten Schritte in ein politisches Engagement innerhalb von Parteien. Unsere über 1.000 Mitglieder sind dabei keineswegs ausschließlich auf die vermeintlich klassischen frauenpolitischen Themen festgelegt. Ziel unseres Wirkens ist es, Frauen zu politischem Engagement zu ermutigen und sie dabei zu unterstützen, den Anteil von Frauen innerhalb der politischen Vertretungen ganz allgemein zu erhöhen wie auch in der FDP-Mitgliedschaft und in den Ämtern und Mandaten der Freien Demokraten.

Weitere Informationen: liberale-frauen.de



LHG LIBERALE BUNDESVERBAND HOCHSCHULGRUPPEN

Benjamin Kurtz, Bundesvorsitzender LHG

Freiheitsliebende Studierende trafen sich im Dezember 1987 in Köln, um sich gemeinsam für liberale Hochschulpolitik einzusetzen, und haben den Bundesverband der Liberalen Hochschulgruppen gegründet. Seit nunmehr 35 Jahren setzen sich die Liberalen Hochschulgruppen an inzwischen über 70 Hochschulstandorten für die Interessen freiheitsliebender Studierender ein und bilden das Bindeglied zwischen den Freien Demokraten und den jungen Menschen an den Hochschulen. Wir verstehen uns als doppeltes Sprachrohr: als Stimme der Freiheit aller Studentinnen und Studenten auf dem Hochschulcampus und als Sprachrohr studentischer Interessen innerhalb der liberalen Familie. Zentral für uns ist die Forderung nach größtmöglicher Freiheit aller Hochschulangehörigen: Unsere Hochschulen brauchen mehr Forschungsfreiheit und Barrierefreiheit sowie mehr Gestaltungsfreiheit und eine offeneren Debattenkultur für Studierende.

Weitere Informationen: liberale-hochschulgruppen.de



DIE FREIHEIT DER TECHNOLOGIE

Wenn wir die Chancen neuer Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung nutzen wollen, müssen wir konsequent auf Technologiefreiheit setzen. Die Entwicklung und Anwendung von Zukunftstechnologien darf nicht durch politische Ge- und Verbote blockiert werden. Nur mit technologischem Wettbewerb bleiben wir dauerhaft innovativ und zukunftsfähig.



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Eigentlich ist es eine Banalität: Wohlstand und Wirtschaftswachstum brauchen technischen Fortschritt. Und der ist nicht vorhersehbar, und zwar weder von staatlichen Bürokraten noch von einzelnen Managern, Unternehmen und Wissenschaftlern. Er ist vielmehr das Ergebnis der Schwarmintelligenz von Märkten. An deren Fehlen ist im Kern die sozialistische Planwirtschaft gescheitert. Sie war außerstande, das nötige kommerziell verwertbare technische Wissen zu schaffen, um auf Dauer in allen Bereichen des technologischen Spektrums hochinnovativ zu sein und zu bleiben. Und dieses Spektrum – das ist heute die zusätzliche Herausforderung – wird immer breiter und tiefer.

WEGE FÜR INNOVATIONEN OFFENHALTEN

Merkwürdig nur, dass diese Banalität gerade im Anblick großer Aufgaben der Menschheit aus dem Blick gerät, gerade hier in Deutschland, dem Land der visionären Dichter und Denker. Der Grund: Man sieht die gewaltigen Herausforderungen, und man glaubt, selbst schon die Lösungen dafür am Horizont zu erkennen. Die Vision verlockt zur technologiepolitischen Sturzgeburt – nach dem Motto: Jetzt aber ohne Ablenkung dorthin, mit dem Wissen, das wir schon heute haben, ohne schuldhaftes Verzögern, so schnell wie möglich. Und wenn, wie beim Klimaschutz, tatsächlich Eile geboten ist, dann wird die

Versuchung groß, nur den erblickten Hauptweg zum Ziel zu verfolgen und alle anderen Wege zu diffamieren und zu verstellen.

Genau so arbeiten viele grün beseelte Technologie- und Industriepolitiker. Genau dies ist aber falsch, denn es verschließt all jene Wege, bei denen heute noch nicht zu erkennen ist, ob sie zum Ziel führen, aber die doch zum Mindesten einen kompetenten Teil der wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Community überzeugen und faszinieren. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben des Staates, diese „unorthodoxen“ Wege offenzuhalten – und nicht zu blockieren. Dies kann auf mehreren Ebenen geschehen: erstens Verzicht auf jedwede Forschungs- und Innovationsverbote; zweitens Berücksichtigung der unorthodoxen Wege in der staatlich finanzierten Grundlagenforschung; und drittens direkte staatliche Förderung der kommerziell begründeten Forschung und Entwicklung durch Steuernachlässe und Subventionen.

KEINE TECHNOLOGIEVERBOTE

Die drei Wege stellen unterschiedliche Fragen der Ordnungspolitik. Der Verzicht auf Technologieverbote ist dabei das elementarste Gebot der Freiheitsrechte, und es darf nur eingeschränkt werden, wenn offenbar Gemeingefährliches oder ethisch Verwerfliches zu erwarten ist. Bei der Grundlagenforschung bedarf es des Urteils von

Fachleuten der Wissenschaft, wobei allerdings auch ein Spektrum von Positionen zu akzeptieren ist, denn die „Peer Group“ oder die Mehrheit der Forscher darf die (originelle) Minderheit nicht komplett herausdrängen, sonst verarmt die Wissenschaft. Im kommerziellen Bereich der Steuernachlässe und Subventionen muss die Chancengleichheit der Projekte beachtet werden, sonst werden wieder Wege verstellt.

FORSCHUNGSPOLITIK AUF ABWEGEN

So weit die Gebote der Ordnungspolitik. An ihnen gemessen ist die Forschungspolitik in Deutschland in den letzten Jahren auf Abwege geraten. Dies gilt vor allem für den verminteten Bereich der Energie- und Klimapolitik: Deutschland ist dabei, fast komplett aus der Kernenergie auszusteigen – bis auf zwei Versuchsanlagen zur Kernfusion in Garching und Greifswald. Die Entwicklung von Small Modular Reactors bzw. Flüssigsalzreaktoren, der neuen Generation von umweltfreundlichen Reaktoren, ist an Deutschland weitgehend vorbeigegangen. Die Nutzung der heimischen Gasvorkommen durch Fracking ist verboten. Die Forschung zu synthetischen Kraftstoffen – als Nachfolger des fossilen Verbrenners und als Alternative zum Elektromotor – führt ein Nischendasein und muss ständig fürchten, von einer künftigen Regierung gestoppt oder ausgehungert zu werden. Die Abscheidung und Speicherung von CO₂, die sog. CCS-Technologie, wird in Norwegen genutzt. Warum nicht in Deutschland?

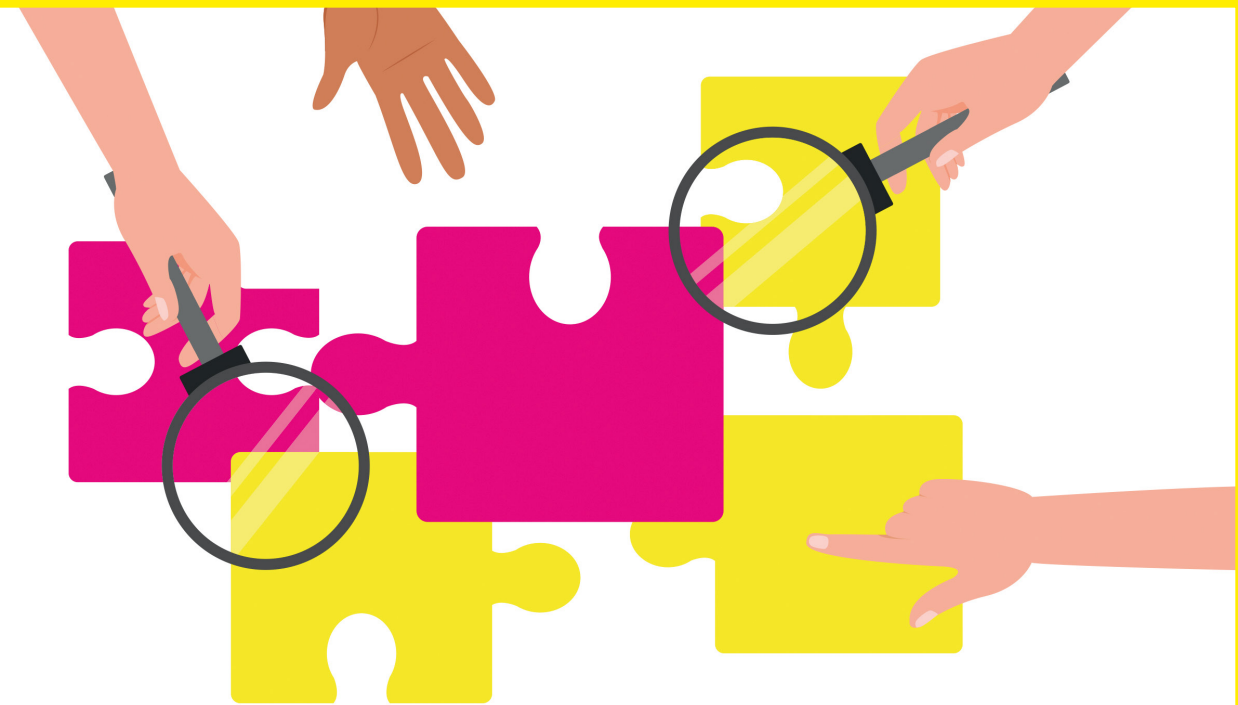
Ähnliches gilt für andere Bereiche der Hochtechnologie, wo Deutschland dabei ist, eigene ehemals führende Positionen zu verlieren. So wurde die grüne Gentechno-

logie über Jahrzehnte von grüner Seite angefeindet und Investoren aus dem Land getrieben. Und im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) ist mit dem Programm ChatGPT die nächste Sprunginnovation am Horizont. Und wieder einmal ist Deutschland nicht Vorreiter, trotz bester Startbedingungen als klassische Ingenieurnation.

INNOVATIONSKRAFT DURCH TECHNOLOGIEFREIHEIT

Es braucht also dringend ein Umdenken. Das politische Mindset muss sich komplett verändern – von der ständigen Angst vor technologischen „Fehlentwicklungen“ hin zu jenem Grundvertrauen in die Entdecker- und Innovationskraft der Menschen, die sich frei und offen entwickeln muss, ohne enges Korsett von Ge- und Verboten sowie mit angemessener, aber ergebnisoffener staatlicher Unterstützung. Es geht um einen Kernbereich liberalen Denkens in einer sozialen Marktwirtschaft.

Es ist gut, dass sich Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger die technologieoffene Zukunft auf die Fahnen geschrieben hat. Sie geht dabei mit ihrer Partei noch einen Schritt weiter. Sie fordert ein „Technologiefreiheitsprinzip“, gesetzlich verankert als eine moderne Ergänzung der sozialen Marktwirtschaft, deren Zukunft immer mehr gefährdet wird durch technologie- und industriepolitische Festlegungen, die unserer Innovationskraft schaden und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie gefährden. Unser Land braucht in der Globalisierung eine offene Zukunft. Dies geht nur mit Freiheit der Technologie. ■



EUROPÄISCHE DEPESCHE

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine lässt Europa enger zusammenrücken. Mehr denn je geht es darum, europäische Werte wie Frieden, Freiheit und Demokratie in konkrete Politik zu gießen. Aber auch um kluge Regeln, die Europa fit machen für den globalen wirtschaftlich-technologischen Wettbewerb. Unsere fünf FDP-Abgeordneten setzen sich im EU-Parlament mit der Fraktion „Renew Europe“ dafür ein, dass Europa geeint, fortschrittlich und innovativ bleibt. Was treibt sie aktuell um? Darüber berichten sie hier in aller Kürze.

FUSIONSENERGIE



Nicola Beer
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments & industrie-, forschungs- und mittelstandspolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament

„Europäische Exzellenz fällt nicht vom Himmel. Wir wollen Europa zum Schauplatz Nummer Eins in Sachen Fusionsenergie machen. Die EU darf das technologische Spielfeld um Green-Tech nicht den USA oder Großbritannien überlassen. Dazu müssen wir schon jetzt an übermorgen denken und ein ideales europäisches Umfeld schaffen. Machen wir in der EU den Weg frei für echte Technologieführerschaft in Fusionsenergie, der Energie der Zukunft: dezentral, CO₂-frei, risikoarm.“

Bieten wir der internationalen Unternehmerwelt Europa als hochattraktiven Standort ohne Hürden und mit den nötigen unternehmerischen Freiräumen. Gewinnen wir private Investoren mit schnellen und effizienten Verfahren, mit Planungssicherheit und einem adäquaten Rechtsrahmen. Zusammen mit Industriekommissar Thierry Breton arbeiten wir an einem Energie-Update: Auf einem deutsch-französischen Spitzentreffen zur Fusionsenergie stellen wir nun die Weichen, um Europas Start-ups gezielt zu fördern und die Fusionsenergie als Zukunftstechnologie fest als politisches Ziel der EU zu verankern.

EU-SCHULDEN



Moritz Körner
Haushaltspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Ursula von der Leyen will mit einem neuen schuldenfinanzierten EU-Fonds auf den protektionistischen Inflation Reduction Act der USA antworten. Die EU braucht keine neuen Geldtöpfe. Überförderung ist Gift für die Wirtschaft.“

Ein mit Staatshilfen aufgepumpter EU-Markt wird ineffiziente Betriebe im Markt halten, kostensenkende Innovationen behindern und damit einen desaströsen Inflationsturbo entfachen. Wer die US-Wirtschaftspolitik als Vorwand nutzt, um zusätzliche EU-Subventionen zu fordern, heizt den Protektionismus-Wettlauf weiter an und beschädigt die freihandelsbasierte globale Marktwirtschaft. Es wäre Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

FREIHANDEL



Svenja Hahn
Handels- und binnenmarktpolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament

„Wirtschaftswachstum durch mehr Freihandel ist der beste Motor, um gestärkt aus den Krisen der Zeit zu kommen. Dieses Jahr müssen signifikante Fortschritte bei den Verhandlungen der Freihandelsabkommen mit Australien, Indien und Indonesien erreicht werden. Bereits abgeschlossene Abkommen müssen zügig ratifiziert werden, vor allem die Abkommen mit Neuseeland, Mexiko, Chile und den Mercosur-Staaten.“

Mehr Handel mit mehr Wertepartnern macht Deutschland und die EU wirtschaftlich und geopolitisch stärker. Denn im Systemkonflikt Autokratie vs. Demokratie müssen wir die Allianz der Demokratien ausbauen und Abhängigkeiten von Autokratien wie China oder Russland verringern. Dafür müssen wir den freien Handel mit den Demokratien der Welt stärken.

MIGRATION



Jan-Christoph Oetjen
Migrationspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Asyl und Migration sind Themen, die eine gemeinsame europäische Antwort benötigen. Wer im Heimatland verfolgt wird oder vor Krieg flieht, muss unbürokratisch und schnell Hilfe in der EU erhalten können. Ein gemeinsamer europäischer Ansatz ist dabei unabdingbar.“

Neben einem solidarischen Verteilungsmechanismus gehört dazu auch eine staatliche Seenotrettungsmission. Wir können Menschenleben nicht allein in die Hände von NGOs legen. Wir müssen legale Wege nach Europa schaffen, denn wir sind langfristig auf eine geregelte Migration in den europäischen Arbeitsmarkt angewiesen. Das bedeutet aber auch, dass wir die illegale Migration beschränken müssen. Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, müssen die EU wieder verlassen.

KLIMA



Andreas Glück
Umwelt- und klimapolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Die beschlossene Ausweitung des europäischen CO₂-Zertifikatehandels ist ein überfälliger Schritt. Mit technologieoffener Klimapolitik bekommen wir die besten und günstigsten Lösungen für unser Klima!“

Europäische Klimapolitik besteht aktuell viel zu oft aus Verboten und Überregulierung. Dabei stellen nur technologieoffene Ansätze sicher, dass CO₂ dort eingespart wird, wo es am besten und günstigsten ist. Umso wichtiger ist es, dass nach langen Verhandlungen die Ausweitung des europäischen CO₂-Zertifikatehandels (ETS) auf den Verkehr- und Gebäudesektor beschlossen wurde. Der ETS hat seine Wirksamkeit eindrucksvoll bewiesen. Seine Ausweitung ist ein großer Erfolg für eine marktbasierende und technologieoffene Klimapolitik.

Anzeige

Endlich: die Jugendbewegung für jedes Alter.
Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.
Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag



MIT NEUEM TEAM BEREIT FÜR DEN AUFBRUCH

Das neue Team an der Spitze der FDP NRW steht! Mitte Januar sind die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen zu ihrem Landesparteitag zusammengekommen und haben einen neuen Landesvorstand gewählt.

Angeführt wird das Team von Henning Höne, der auch Vorsitzender der FDP-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag ist. Nicole Westig, Katrin Helling-Plahr und Dr. Michael Terwiesche sind als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt worden. Neuer Schatzmeister ist Christoph Dammermann und als Generalsekretär wurde Moritz Körner wiedergewählt. Komplettiert wird der Landesvorstand von 27 Beisitzerinnen und Beisitzern.

Nach der Landtagwahl im Mai 2022 hatte die FDP NRW einen Reformprozess begonnen – mit dem Ziel, die Partei zu modernisieren und für die Zukunft aufzustellen. Im Zentrum standen dabei unter anderem folgende Fragen: Wie

positionieren wir uns als eigenständige politische Kraft in Nordrhein-Westfalen? Wie entwickeln wir uns als Organisation weiter? Wie professionalisieren wir unsere Parteiarbeit – vom Ortsverband bis zur Landesebene? Und wie können wir unsere parteiinterne Kommunikation verbessern und noch kampagnenfähiger werden? An dem Prozess haben sich viele Mitglieder auf allen Ebenen beteiligt: über eine Mitgliederbefragung, bei der Kreisvorsitzendenkonferenz, beim Landeshauptausschuss, bei einer digitalen Mitgliederkonferenz und bei Diskussionen vor Ort.

Der Kompass für alle Veränderungen war, ist und bleibt dabei das liberale Leitbild.

Die Neuaufstellung der nordrhein-westfälischen Parteispitze war ein entscheidender Schritt in diesem Prozess: Mit einem neuen Führungsteam startet die FDP NRW nun in das Jahr 2023 und nimmt Schwung mit für die politische Arbeit. Denn nun gilt es, die Rolle in der Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag zu nutzen und sich als eigenständige Kraft noch stärker zu positionieren. Die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen wollen auch weiterhin mit ihren Ideen daran arbeiten, NRW freier, fairer und moderner zu machen. ■

DATENSCHUTZ IN DER PARTEIARBEIT KEINE UNLÖSBARE HERAUSFORDERUNG

Zu Beginn dieses Jahres hat Dr. Jürgen Martens das Amt des Datenschutzbeauftragten der FDP übernommen. Er achtet darauf, dass die gesetzlichen Regelungen zum Datenschutz auf allen Ebenen der Partei eingehalten werden. Im Interview erklärt er, was er als neuer Datenschutzbeauftragter erreichen möchte und wie man das „Monster DSGVO“ bändigen kann.



DR. JÜRGEN MARTENS
Datenschutzbeauftragter der FDP

Woher kommt Ihr Interesse für Datenschutzthemen und was hat Sie motiviert, diese anspruchsvolle Aufgabe zu übernehmen?

Das Thema Datenschutz gehört zum Kernbestand liberaler Themen. Persönliche Freiheit und Selbstbestimmung kann es in unserer Gesellschaft nur geben, wenn der Einzelne auch Herr oder Herrin über die eigenen Daten ist. Die Richter am Bundesverfassungsgericht haben diesen Anspruch das Grundrecht auf „informationelle Selbstbestimmung“ genannt. Dieses Grundrecht wird in anderen Parteien gerne anderen Zielen, etwa Sicherheitsinteressen, untergeordnet. Viele Bürger wissen zudem oft gar nicht, welche Macht mit der Verfügungsgewalt über Daten verbunden ist und wie man diese missbrauchen kann. Daher kommt dem Datenschutz große Bedeutung zu. Ich möchte dazu beitragen, dass die FDP den Datenschutz auch im Parteilalltag weiter ernst nimmt.

Was raten Sie all denen, für die die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ein Buch mit sieben Siegeln ist?

Die DSGVO ist eine Regelung, die allein schon mit Ihrer Größe abschreckt und eine unnötige Flut an Regelungen enthält. Wenn man aber weiß, dass die DSGVO eigentlich auf dem deutschen Datenschutzgesetz aufbaut und einer Regelungstechnik folgt, die in europäischen Rechtstexten üblich ist, kann man sich diesem „Monster“ etwas angstfreier nähern. Die DSGVO hat am Anfang große Aufregung verursacht; heute können wir sie zumeist ohne große Komplikationen anwenden. Auch hier hilft es, den Text der DSGVO zu lesen und im Problemfall Rat bei Juristen oder IT-Fachleuten zu suchen.

Auf welche Aufgaben freuen Sie sich besonders und gibt es Veränderungen, die Sie in der Funktion

des Datenschutzbeauftragten anstoßen wollen?

Datenschutz wird in der Arbeit der FDP schon lange ernst genommen, mein Vorgänger Jörg van Essen hat da bereits die Weichen gestellt. Ich möchte gern daran mitarbeiten, dass die FDP als Partei wahrgenommen wird, die für den Datenschutz der Bürger eintritt und dies auch in ihrer Parteiarbeit vermittelt, ohne dass Datenschutz als unlösbare Herausforderung wahrgenommen wird. Veränderungen wird es immer geben – weil Datenschutz ständig neuen Herausforderungen begegnet, ohne dass diese schon heute benannt werden könnten. ■

Hier geht's zur Richtlinie der FDP für den Umgang mit personenbezogenen Daten:



Dr. Jürgen Martens

Geboren am 3. August 1959 in München, verheiratet, zwei Kinder. Abitur und Zivildienst, Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg mit anschließender Promotion und Tätigkeit als Rechtsanwalt, seit 1990 in Sachsen. Seit 1976 FDP-Mitglied, von 2004 bis 2014 Mitglied des sächsischen Landtages, 2009 – 2014 sächsischer Staatsminister der Justiz und für Europa und von 2017 bis 2021 Mitglied des Bundestages, rechtspolitischer Sprecher der FDP. Zur Zeit ist Dr. Martens Präsident der Deutschen Gruppe von Liberal International.

CLANKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN: KONSEQUENT UND PRÄVENTIV

Die Diebstähle einer 100-Kilo-Goldmünze aus dem Bode-Museum in Berlin oder von Juwelen aus dem Grünen Gewölbe in Dresden sind spektakulär, doch nur die Spitze des Eisberges. Klar ist: Nur ein starker und effektiver Rechtsstaat kann den Kampf gegen die Clankriminalität bestehen.



Bijan Djir-Sarai
FDP-Generalsekretär

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Straftaten wie Drogenhandel, Körperverletzung, Raub oder Geldwäsche sind an sich verwerflich und werden strafrechtlich verfolgt. Herkunft oder Hintergrund der Täter sind in diesem Kontext unerheblich. Wir müssen jedoch politisch den Blick für die Ursachen der sogenannten Clankriminalität in bestimmten Gruppen und Milieus weiten. Das Bundeskriminalamt wertet Clankriminalität als eine Unterform der organisierten Kriminalität und beschreibt sie als „Straftaten durch Angehörige ethnisch abgeschotteter Subkulturen“. Damit ist ein wesentliches Merkmal für die Bekämpfung von Clankriminalität benannt.

RÜCKENDECKUNG FÜR DIE ARBEIT DER SICHERHEITSBEHÖRDEN

Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen gelten als Schwerpunkt-Bundesländer für die Clankriminalität in Deutschland. Sogar Fälle von Verbindungen zwischen der organisierten Kriminalität und dem internationalen Terrorismus sind den deutschen Sicherheitsbehörden bekannt. Tatsächlich müssen die Sicherheitsbehörden für ihre Arbeit mehr politische Rückendeckung erhalten, als dies bislang der Fall ist. Wir müssen deswegen auch seitens des Bundes deutlicher herausstellen, dass die Bekämpfung von Clankriminalität ein Schwerpunkt in der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden wird.



Foto: iStock/Marcus Millo

MASSNAHMEN IM KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Das Bundesfinanzministerium hat mit seinem Eckpunkt-paper bereits einen verstärkten Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung angekündigt. Wir brauchen Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung organisierter (Clan-)Kriminalität in den besonders betroffenen Bundesländern sowie mehr Ressourcen und eine bessere Ausstattung für Polizistinnen und Polizisten. Es muss intensiver überprüft werden, ob und wo Mitglieder krimineller Clans sich in staatliche Sicherheitsorgane einschleichen. Mehr Zusammenarbeit von Polizei, Zoll, der Gewerbeaufsicht und von Ausländerbehörden ist ebenso

wünschenswert wie eine bessere internationale Zusammenarbeit und Vernetzung. Gleichzeitig wird deutlich, dass Politik und Gesellschaft aktiv werden müssen, damit nicht immer wieder aufs Neue Jugendliche oder gar Kinder den Weg einer kriminellen Karriere einschlagen. Subkulturen oder Parallelgesellschaften entstehen dort, wo es sozialräumliche Brennpunktgebiete gibt – und das unabhängig von der Herkunft.

AUFSTIEGSCHANCEN ALS SCHLÜSSEL IN DER PRÄVENTION

Hier müssen Aufstiegschancen eröffnet sowie Bildung und Integration auch in den Arbeitsmarkt gefördert werden. Ebenso wie die Kriminalitätsbekämpfung ist die Prävention eine Querschnittsaufgabe. Polizei, Ordnungsbehörden und Jugendämter können aufklären und auffangen. Dazu brauchen in erster Linie die Jugendämter mehr Befugnisse und eine bessere Ausstattung. Liegen

kriminelle Familienstrukturen vor, muss es Kindern ermöglicht werden, ohne Kriminalität und Gewalt aufzuwachsen. Integration in die Gesellschaft, eine verpflichtende Sprachförderung auch bereits vor dem Eintritt in die Schule und die Förderung von Bildungschancen für Mädchen und junge Frauen sind unabdingbar, um Parallelgesellschaften aufzubrechen. Ebenso wie in anderen Kriminalitätsbereichen braucht es Aussteigerprogramme in den Ländern – auch für Frauen und Kinder –, die helfen, sich dem Einfluss krimineller Familienstrukturen zu entziehen und Schutz vor Gewalt zu erhalten. ■

Mehr Informationen, einen Beschluss des FDP-Präsidiums und Argumente für einen starken und effektiven Rechtsstaat gegen Clankriminalität finden Sie auf dieser Seite:



CL+

In seinem Podcastformat CL+ diskutiert Christian Lindner mit Persönlichkeiten u.a. aus der Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur die drängenden Fragen unserer Zeit. Sein Ziel: Zwiegespräche, die Anregungen des Gastes aufnehmen und diese gemeinsam weiterentwickeln.

Ob über den Zustand der deutschen Streitkultur mit dem ehema-

ligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, der Bedeutung von finanzieller Bildung mit dem Finanzexperten Thomas Kehl oder die Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung mit Start-up-Investorin Jeannette zu Fürstenberg – die Themenvielfalt ist so groß wie es die gegenwärtigen Herausforderungen unserer Gesellschaft sind.

Pünktlich zur Münchner Sicherheitskonferenz war Wolfgang Ischinger zu Gast im Studio in der Parteizentrale. Neben dem Krieg in

der Ukraine geht es in dieser Folge insbesondere um den geopolitischen Umgang mit China – hören Sie rein! ■

Alle Folgen finden Sie unter:
fdp.de/clplus

Wenn Sie Vorschläge für Themen oder Gäste haben, senden Sie uns diese gerne an: christian.lindner@fdp.de



DER BUNDESTAG IN DEINEM MAIL-POSTFACH

Tauch ein ins Plenum und verfolg' die Arbeit der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag: mit unserem Newsletter. Immer mittwochs in den Sitzungswochen ordnen Christian Dürr und Johannes Vogel die parlamentarische Woche für euch ein und präsentieren die Highlights aus dem Parlament.

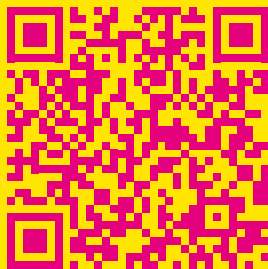
Meldet euch jetzt an und verfolgt, wie wir aus liberalen Herzensprojekten Gesetze machen und Deutschlands Zukunft gestalten.



Christian Dürr, MdB
Fraktionsvorsitzender
FDP-Bundestagsfraktion



Johannes Vogel, MdB
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
FDP-Bundestagsfraktion



**HIER
ANMELDEN!**

Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit finden Sie auf:

